

Protokoll 25. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 30. November 2022, 17.00 Uhr bis 22.02 Uhr, in der Halle 9 in Zürich-Oerlikon

Vorsitz: Präsident Matthias Probst (Grüne)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Anwesend: 117 Mitglieder

Abwesend: Angelica Eichenberger (SP), Rahel Habegger (SP), Julia Hofstetter (Grüne), Christine Huber (GLP), Sibylle Kauer (Grüne), Dafi Muharemi (SP), Christian Traber (Die Mitte), Karin Weyermann (Die Mitte)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1.		Mitteilungen	
2.	<u>2022/559</u> *	Weisung vom 16.11.2022: Dringliche Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktionen betreffend ganzheitliche Betrachtung des Strassenzugs zwischen Heimplatz und Klusplatz und Überprüfung der Haltestellenanordnung, Bericht und Abschreibung	VTE
3.	<u>2022/560</u> *	Weisung vom 16.11.2022: Motion von Dr. Ann-Catherine Nabholz und Sven Sobernheim betreffend Anpassung der Bau- und Zonenordnung (BZO), Auf- hebung des Mehrlängenzuschlags, Bericht und Abschreibung	VHB
4.	2022/585 *	Weisung vom 02.11.2022: Sicherheitsdepartement, Volksinitiative «Kein Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen», Prüfung Gültigkeit und Antrag auf Ablehnung	VSI
5.	2022/562 * E	Postulat der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 16.11.2022: Vertiefte Auseinandersetzung mit den Themen Rechtsextremis- mus und menschenverachtenden Ideologien an den Schulen ab der Mittelstufe	VSS
6.	2022/563 * E	Postulat der SP- und Grüne-Fraktion vom 16.11.2022: Untersuchung und Bericht zu den rechtsextremen Angriffen, dem Vorgehen und den allfälligen Fehlern von Seiten der Stadt und der Polizei sowie zu den künftigen Handlungsmöglichkeiten	VSI

7.	2022/564	* E	Postulat der SP- und Grüne-Fraktion vom 16.11.2022: Öffentlichkeitsarbeit und regelmässige Sensibilisierung über die Gefahren sowie gegen das Aufkommen von Rechtsextremismus	VSI
8.	2022/565	* E	Postulat der SP- und Grüne-Fraktion vom 16.11.2022: Regelmässige verpflichtende Weiterbildungen für städtische Angestellte in allen relevanten Abteilungen zum Thema Rechts- extremismus	VS
9.	2022/567	* E	Postulat von Anna Graff (SP), Dr. Christian Monn (GLP) und 3 Mitunterzeichnenden vom 16.11.2022: Luftqualitätsoffensive in den städtischen Gebäuden zum Schutz der Bevölkerung und der Mitarbeitenden vor aerosolübertragenen Infektionskrankheiten	VHB
10.	2022/570	* E	Postulat von Anna Graff (SP), Dr. Florian Blättler (SP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 16.11.2022: Unterstützung von Privaten zur Installation von CO ₂ -Messgeräten, Luftfiltern und viren-inaktivierenden Verfahren in stark frequentierten öffentlichen Räumen	VGU
11.	2022/516	* E/A	Postulat von David Ondraschek (Die Mitte), Walter Angst (AL) und 1 Mitunterzeichnenden vom 26.10.2022: Verrechnung des 1,5-fachen Betrags auf Basis des Normkostensatzes pro Krippenplatz für Babys an die Kitas	VS
12.	2022/583	* E	Postulat von Tanja Maag Sturzenegger (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 16.11.2022: 200 Stellenprozente für professionelle interkulturelle Über- setzende vor Ort am Stadtspital Zürich	VGU
13.	2022/551	*	Parlamentarische Initiative der AL-Fraktion vom 09.11.2022: Abgabe von Quittungen bei Personenkontrollen, Ergänzung der Allgemeinen Polizeiverordnung (APV)	
14.	2022/503		Teilrevision Entschädigungsverordnung des Gemeinderats (EntschVO GR), Mutterschaftsentschädigung	
15.	2022/230		Weisung vom 08.06.2022: Schulamt, Gesetzliche Grundlagen für die Begabungs- und Begabtenförderung, Ablösung der Ausgabenbewilligung für das Begabtenförderungsprogramm Universikum	VSS
16.	2022/209		Weisung vom 25.05.2022: Sozialdepartement, Stiftung Zürcher Gemeinschaftszentren, GZ Wipkingen, Begegnungsraum BAZ, Beiträge 2023 und 2024	VS
17.	2022/366		Weisung vom 24.08.2022: Sozialdepartement, insieme Zürich Stadt und Bezirk Meilen, insieme Kulturlokal, Beiträge 2023–2026	VS

18.	2022/395		Weisung vom 31.08.2022: Sozialdepartement, Verein Solidara Zürich, Verein FIZ, Beiträge 2023–2026	VS
19.	2022/302		Weisung vom 06.07.2022: Tiefbauamt, Projekt Platzspitz und Mattensteg, Neugestaltung Platzspitz und Platzspitzbrücke, Sanierung Mattensteg und Werkleitungsarbeiten, neuer Verpflichtungskredit aufgrund wesentlicher Zweckänderung	VTE
20.	2022/421		Weisung vom 07.09.2022: Motion von Marco Denoth betreffend Bau einer attraktiven Veloverbindung auf der Langstrasse zwischen der Zoll- und Militär-/Schöneggstrasse mit getrennter Führung des Fussverkehrs, Bericht und Abschreibung	VTE
21.	2022/528	E/A	Motion der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion vom 2.11.2022: Projektierungskredit für den Bau einer attraktiven Velo- und Fussverbindung auf der Langstrasse in der Unterführung sowie sicherer und attraktiver Verbindungen in die Kreise 4 und 5	VTE
25.	2022/462	E/A	Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) vom 21.09.2022: Erlass der Gebühren für alle nicht gewinnorientierten Vereinigungen für die Bewilligung von Festen und Standaktionen	VSI
26.	2022/472	E/A	Postulat von Fanny de Weck (SP) und Natascha Wey (SP) vom 28.09.2022: Polizeiwache mit einer spezifischen Beratungs- und Annahmestelle für Anzeigen zur sexualisierten Gewalt	VSI
28.	2022/492	Α	Postulat von Flurin Capaul (FDP) und Martin Bürki (FDP) vom 05.10.2022: Lärmschutzkontrollen bei Betrieben, Ausrückung der zuständigen Organe nur bei einer Meldung aus der Bevölkerung	VSI
29.	2022/494	E/A	Postulat von Walter Anken (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 05.10.2022: Ausrüstung aller Frontpolizisten der Stadtpolizei mit Tasern	VSI
30.	2022/513	E	Postulat von Yves Henz (Grüne) und Martin Busekros (Grüne) vom 26.10.2022: Durchführung eines Tausch- und Secondhandstrassenmarkts auf Gemeindestrassen und anderen öffentlichen Flächen	VSI
34.	2022/219	E/A	Postulat von Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) und Selina Walgis (Grüne) vom 01.06.2022: Bezahlte Dispensierung bei regelmässigen und starken Menstruationsbeschwerden	FV

35.	2022/268	E/A	Postulat von Martin Götzl (SVP), Felix Moser (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 22.06.2022: Reduzierung der Dienstreisen von städtischen Angestellten	FV
40.	2022/374	A	Postulat von Dominique Zygmont (FDP) und Cathrine Pauli (FDP) vom 24.08.2022: Renovation der Liegenschaften Forchstrasse 193, Freiestrasse 217 und 221 sowie Gattikerstrasse 4 ohne Schliessung der Gewerbebetriebe im Erdgeschoss	FV

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

* Keine materielle Behandlung

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1022. 2022/610

Erklärung der GLP-Fraktion vom 30.11.2022: Fehlende Reformbereitschaft des Stadtrats

Namens der GLP-Fraktion verliest Martina Novak (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Jedem Stadtrat sein eigenes Gärtchen

«Unsere Ablehnung ist nicht Ausdruck einer Ablehnung eines Reformwillens, sondern ein Ausdruck für die Respektierung der geltenden Kompetenzordnung.» So beendete Stadtpräsidentin Corine Mauch Ihr Votum am 31. Oktober 2018 gegen den Bericht zur Verwaltungsreform. Vier Jahre später muss man die Aussage korrigieren. Der Stadtrat ist offensichtlich nicht bereit, einschneidende Reformen vorzunehmen. Stattdessen nutzt er einen kritischen externen Bericht als Vorwand, um seine Hinterzimmergremien auszubauen. Es ist elementar, dass der Gesamtgemeinderat hier nun nicht locker lässt. Natürlich kostet eine Verwaltungsreform Ressourcen, aber die Doppelspurigkeiten kosten uns schon jetzt und langfristig deutlich mehr. Wofür gibt die Stadtverwaltung jährlich 115 Mio. für externe Berater und Beraterinnen aus, wenn das Ergebnis dann aktiv ignoriert wird. Dies obwohl alle Stadträtinnen und Stadträte die Ineffizienz im Grunde selber zugeben.

Die neun Königreiche gehören neu organisiert, Schlüsselthemen wie Klima, Mobilität, Energie, Wohnbau oder Digitalisierung gehören endlich zentral angepackt. Nur so schaffen wir Netto-Null 2040, die Mobilitätswende sowie genügend Wohnraum. Doch anstatt dass der Stadtrat hier Verantwortung übernimmt, beschäftigt er sich lieber in Koordinationsgremien.

Wir haben es schon 2018 gesagt: Sieben statt neun wäre die Lösung gewesen und würde den Stadtrat zu Reformen zwingen. Jetzt müssen wir als Parlament weiter darauf hoffen, dass der Stadtrat endlich zur Einsicht kommt und Reformen initiiert. Leider ist es aber realistischer, dass wir den Anpfiff im neuem Hardturm-Stadion erleben, als dass der Stadtrat eine Verwaltungsreform in Angriff nimmt.

Geschäfte

1023. 2022/559

Weisung vom 16.11.2022:

Dringliche Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktionen betreffend ganzheitliche Betrachtung des Strassenzugs zwischen Heimplatz und Klusplatz und Überprüfung der Haltestellenanordnung, Bericht und Abschreibung

Zuweisung an die SK SID/V gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 28. November 2022

1024. 2022/560

Weisung vom 16.11.2022:

Motion von Dr. Ann-Catherine Nabholz und Sven Sobernheim betreffend Anpassung der Bau- und Zonenordnung (BZO), Aufhebung des Mehrlängenzuschlags, Bericht und Abschreibung

Zuweisung an die SK HBD/SE gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 28. November 2022

1025. 2022/585

Weisung vom 02.11.2022:

Sicherheitsdepartement, Volksinitiative «Kein Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen», Prüfung Gültigkeit und Antrag auf Ablehnung

Zuweisung an die SK SID/V gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 28. November 2022

1026. 2022/562

Postulat der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 16.11.2022: Vertiefte Auseinandersetzung mit den Themen Rechtsextremismus und menschenverachtenden Ideologien an den Schulen ab der Mittelstufe

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Martina Zürcher (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion einen Textänderungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1027. 2022/563

Postulat der SP- und Grüne-Fraktion vom 16.11.2022:

Untersuchung und Bericht zu den rechtsextremen Angriffen, dem Vorgehen und den allfälligen Fehlern von Seiten der Stadt und der Polizei sowie zu den künftigen Handlungsmöglichkeiten

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Martina Zürcher (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion einen Textänderungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1028. 2022/564

Postulat der SP- und Grüne-Fraktion vom 16.11.2022:

Öffentlichkeitsarbeit und regelmässige Sensibilisierung über die Gefahren sowie gegen das Aufkommen von Rechtsextremismus

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Martina Zürcher (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1029. 2022/565

Postulat der SP- und Grüne-Fraktion vom 16.11.2022:

Regelmässige verpflichtende Weiterbildungen für städtische Angestellte in allen relevanten Abteilungen zum Thema Rechtsextremismus

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Reto Brüesch (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion einen Textänderungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1030. 2022/567

Postulat von Anna Graff (SP), Dr. Christian Monn (GLP) und 3 Mitunterzeichnenden vom 16.11.2022:

Luftqualitätsoffensive in den städtischen Gebäuden zum Schutz der Bevölkerung und der Mitarbeitenden vor aerosolübertragenen Infektionskrankheiten

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Reto Brüesch (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

Postulat von Anna Graff (SP), Dr. Florian Blättler (SP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 16.11.2022:

Unterstützung von Privaten zur Installation von CO₂-Messgeräten, Luftfiltern und viren-inaktivierenden Verfahren in stark frequentierten öffentlichen Räumen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Reto Brüesch (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1032. 2022/516

Postulat von David Ondraschek (Die Mitte), Walter Angst (AL) und 1 Mitunterzeichnenden vom 26.10.2022:

Verrechnung des 1,5-fachen Betrags auf Basis des Normkostensatzes pro Krippenplatz für Babys an die Kitas

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von David Ondraschek (Die Mitte) vom 23. November 2022 (vergleiche Beschluss-Nr. 972/2022)

Die Dringlicherklärung wird von 79 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 124 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

1033. 2022/583

Postulat von Tanja Maag Sturzenegger (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 16.11.2022:

200 Stellenprozente für professionelle interkulturelle Übersetzende vor Ort am Stadtspital Zürich

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 23. November 2022 (vergleiche Beschluss-Nr. 971/2022)

Die Dringlicherklärung wird von 69 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 124 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

1034. 2022/551

Parlamentarische Initiative der AL-Fraktion vom 09.11.2022: Abgabe von Quittungen bei Personenkontrollen, Ergänzung der Allgemeinen Polizeiverordnung (APV)

Michael Schmid (AL) begründet die Parlamentarische Initiative (vergleiche Beschluss-Nr. 901/2022).

Die Parlamentarische Initiative wird von 57 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 42 Stimmen gemäss Art. 139 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Gemäss Parlamentarischer Initiative wird die Überweisung an die SK SID/V beantragt.

Damit ist die Parlamentarische Initiative stillschweigend der SK SID/V überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1035. 2022/503

Antrag der Geschäftsleitung vom 24.10.2022: Teilrevision Entschädigungsverordnung des Gemeinderats (EntschVO GR), Mutterschaftsentschädigung

Redaktionslesung

Die Redaktionskommission (RedK) beantragt einstimmig Zustimmung zur redaktionellen Bereinigung des Gemeinderatsbeschlusses Nr. 840 vom 2. November 2022:

Zustimmung: Präsident Mischa Schiwow (AL), Referent; Sandra Bienek (GLP), Dr. Florian Blättler (SP),

Mélissa Dufournet (FDP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Simon Kälin-Werth (Grüne),

Karin Weyermann (Die Mitte)

Der Präsident der Redaktionskommission begründet die Anträge der Redaktionskommission.

Es werden keine Anträge aus dem Rat gestellt.

Der Rat stimmt dem bereinigten Antrag der RedK stillschweigend zu.

Schlussabstimmung

Die Geschäftsleitung beantragt Zustimmung zur Teilrevision der Entschädigungsverordnung des Gemeinderats (EntschVO GR).

Zustimmung: Martin Bürki (FDP); Referent; Präsident Matthias Probst (Grüne), 2. Vizepräsident Guy

Krayenbühl (GLP), Ivo Bieri (SP), Andreas Egli (FDP) i. V. von Albert Leiser (FDP), Dr. David Garcia Nuñez (AL), Dr. Davy Graf (SP), Christian Huser (FDP), Martina Novak (GLP), Marcel Tobler (SP) i. V. von Matthias Renggli (SP), Christian Traber (Die Mitte),

Selina Walgis (Grüne)

Enthaltung: Samuel Balsiger (SVP), Roger Bartholdi (SVP)
Abwesend: 1. Vizepräsidentin Sofia Karakostas (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Geschäftsleitung mit 97 gegen 1 Stimmen (bei 13 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Die Entschädigungsverordnung des Gemeinderats (EntschVO GR, AS 171.110) wird wie folgt geändert:

Mutterschaftsentschädigung Art. 3a ¹ Ratsmitglieder haben, falls sie wegen der Teilnahme am Ratsbetrieb den Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung nach Bundesrecht verlieren, Anspruch auf eine zum Sitzungsgeld zusätzliche Entschädigung.

² Die Höhe und die Dauer des Entschädigungsanspruchs richten sich nach dem Bundesgesetz über den Erwerbsersatz (EOG)¹, wobei das durchschnittliche Erwerbseinkommen ausserhalb des Ratsbetriebs massgebend ist.

³ Der Entschädigungsanspruch entfällt im Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit ausserhalb des Ratsbetriebs.

⁴ Die Bestimmungen des EOG zur Mutterschaftsentschädigung gelten im Übrigen sinngemäss.

Die Geschäftsleitung setzt diese Änderung der Entschädigungsverordnung des Gemeinderats (EntschVO GR) nach Ablauf der Referendumsfrist in Kraft.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 7. Dezember 2022 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 6. Februar 2023)

1036. 2022/230

Weisung vom 08.06.2022:

Schulamt, Gesetzliche Grundlagen für die Begabungs- und Begabtenförderung, Ablösung der Ausgabenbewilligung für das Begabtenförderprogramm Universikum

Redaktionslesung

Die Redaktionskommission (RedK) beantragt einstimmig Zustimmung zur redaktionellen Bereinigung des Gemeinderatsbeschlusses Nr. 847 vom 2. November 2022:

Zustimmung:

Präsident Mischa Schiwow (AL), Referent; Sandra Bienek (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Mélissa Dufournet (FDP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Simon Kälin-Werth (Grüne), Karin Weyermann (Die Mitte)

Der Präsident der Redaktionskommission begründet die Anträge der Redaktionskommission.

Es werden keine Anträge aus dem Rat gestellt.

Der Rat stimmt dem bereinigten Antrag der RedK stillschweigend zu.

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivziffern 1-5

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivziffern 1–5.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffern 1–5.

Mehrheit: Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Referent; Präsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Vizepräsi-

dentin Maya Kägi Götz (SP), Islam Alijaj (SP), Moritz Bögli (AL), Roger Föhn (EVP), Christina Horisberger (SP), Sabine Koch (FDP), Guy Krayenbühl (GLP) i. V. von Christine Huber (GLP), Liv Mahrer (SP), Dr. Christian Monn (GLP), Urs Riklin (Grüne)

Minderheit: Stefan Urech (SVP), Referent

¹ vom 25. September 1952, SR 834.1.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

1. Die Verordnung über die Volksschule in der Stadt Zürich (VVZ) vom 23. März 1988 (AS 412.100) wird wie folgt geändert:

Begabungs- und Begabtenförderung a. Angebot Art. 5 $^{\rm 1}$ Die Stadt stellt ein Begabungs- und Begabtenförderungsangebot für Schülerinnen und Schüler der städtischen Volksschule zur Verfügung.

- ² Die Förderung erfolgt:
- a. in der Klasse im Rahmen des Unterrichts;
- b. in den Schulen in einem schulinternen Förderprogramm;
- in den Schulkreisen in Forschungszentren, die vom für die städtische Volksschule zuständigen Departement geführt werden.
- ³ Bei Bedarf werden Schülerinnen und Schüler zusätzlich von Mentorinnen und Mentoren sowie von Expertinnen und Experten unterstützt.

b. Aufnahmevoraussetzungen Art. 5^{bis 1} Für die Aufnahme in das schulinterne Förderprogramm und das Forschungszentrum sind Leistungsfähigkeit, Leistungsbereitschaft und Kreativität massgebend.

² Bei der Beurteilung der Aufnahmevoraussetzungen wird der Chancengerechtigkeit, insbesondere bezüglich Geschlechts, sozialer Herkunft, Migrationshintergrunds und körperlicher Behinderung, Rechnung getragen.

Der bisherige Art. 5^{bis} wird zu Art. 5^{quater}.

c. Behördenerlass

Art. 5^{ter} Die Schulpflege regelt die Einzelheiten in einem Behördenerlass. Der bisherige Art. 5^{ter} wird zu Art. 5^{quinquies}.

2. Übergangsbestimmung zu Ziffer 1:

Übergangsbestimmung vom 30. November 2022

- ¹ Das Begabungs- und Begabtenförderungsangebot gemäss Art. 5 wird ab Schuljahr 2023/24 (1. August 2023) bis Schuljahr 2026/27 (1. August 2026) gestaffelt eingeführt.
- ² Die Schulpflege bestimmt den Einführungszeitpunkt für die einzelnen Schulen.
- Die Verordnung über das Arbeitsverhältnis des Lehr- und Therapiepersonals der städtischen Volksschule (VLT, AS 177.500) vom 2. Oktober 2019 wird wie folgt geändert:

Übergangsbestimmungen Art. 35 Abs. 1-3 unverändert.

⁴ Den gemäss städtischem Personalrecht (PR)¹ angestellten Lehrpersonen der Begabungsförderung (Kursleiterinnen und Kursleitern der Universikum-Kurse) wird gemäss Art. 17 Abs. 3 lit. e PR bis spätestens Ende Schuljahr 2025/26 (31. Juli 2026) aus betrieblichen Gründen ordentlich gekündigt, sofern die Stadt der betroffenen Lehrperson nicht eine Anstellung im Rahmen des Begabungs- und Begabtenförderungsangebots gemäss Art. 5–5^{ter} Verordnung über die Volksschule in der Stadt Zürich² oder eine zumutbare andere Arbeit anbieten kann.

Abs. 5-6 unverändert.

- 4. Die Änderungen gemäss Ziffern 1–3 treten auf Anfang Schuljahr 2023/24 (1. August 2023) in Kraft.
- Der Gemeinderatsbeschluss Nr. 2462 vom 28. Januar 2004 betreffend Definitive Einführung des Begabtenförderprogramms «Universikum» an der Volksschule, Ausgabenbewilligung, wird per Ende Schuljahr 2025/26 (31. Juli 2026) aufgehoben.

¹ vom 6. Februar 2002, AS 177.100.

² vom 23. März 1988, AS 412.100.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 7. Dezember 2022 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist 6. Februar 2023)

1037. 2022/209

Weisung vom 25.05.2022:

Sozialdepartement, Stiftung Zürcher Gemeinschaftszentren, GZ Wipkingen, Begegnungsraum BAZ, Beiträge 2023 und 2024

Antrag des Stadtrats

Der Stiftung Zürcher Gemeinschaftszentren wird für die Jahre 2023 und 2024 ein jährlicher, leistungsorientierter Maximalbeitrag von Fr. 400 000.– für das Angebot «Begegnungsraum BAZ» bewilligt.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Walter Angst (AL)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Änderungsanträge 1–2

Die Mehrheit der SK SD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Stiftung Zürcher Gemeinschaftszentren wird für die Jahre 2023 und 2024 ein jährlicher, leistungsorientierter Maximalbeitrag von Fr. 400 000.—500 000.— für das Angebot «Begegnungsraum BAZ» bewilligt.

Die Minderheit 1 der SK SD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Stiftung Zürcher Gemeinschaftszentren wird für die Jahre 2023 und 2024 ein jährlicher, leistungsorientierter Maximalbeitrag von Fr. 400 000.–350 000.– für das Angebot «Begegnungsraum BAZ» bewilligt.

Die Minderheit 2 der SK SD beantragt Ablehnung der Anderungsanträge.

Mehrheit: Patrik Maillard (AL) i. V. von Walter Angst (AL), Referent; Präsident Marcel Tobler (SP), Iv

Bieri (SP) i. V. von Ruedi Schneider (SP), Fanny de Weck (SP), Yves Henz (Grüne), Hanı

Locher (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne)

Minderheit 1: Patrik Brunner (FDP), Referent; Vizepräsidentin Mélissa Dufournet (FDP), Susanne Brunr

(SVP), Dr. Josef Widler (Die Mitte), Sebastian Zopfi (SVP)

Minderheit 2: Ronny Siev (GLP), Referent

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 2 (400 000) 16 Stimmen

Antrag Mehrheit (500 000) 57 Stimmen

Antrag Minderheit 1 (350 000) <u>42 Stimmen</u>

Total 115 Stimmen

= absolutes Mehr 58 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag des Stadtrats / Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 58 gegen 40 Stimmen (bei 15 Enthaltungen) zugestimmt.

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Schlussabstimmung über den bereinigten Antrag des Stadtrats

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zum bereinigten Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung des bereinigten Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Patrik Maillard (AL) i. V. von Walter Angst (AL), Referent; Präsident Marcel Tobler (SP),

Ivo Bieri (SP) i. V. von Ruedi Schneider (SP), Fanny de Weck (SP), Yves Henz (Grüne),

Hannah Locher (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne)

Minderheit: Patrik Brunner (FDP), Referent; Vizepräsidentin Mélissa Dufournet (FDP), Susanne

Brunner (SVP), Dr. Josef Widler (Die Mitte), Sebastian Zopfi (SVP)

Enthaltung: Ronny Siev (GLP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 58 gegen 43 Stimmen (bei 16 Enthaltungen) zu. Der Antrag der Mehrheit scheitert jedoch am Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse.

Erneute Abstimmung gemäss Art. 210 Abs. 1 GeschO GR (Beschlüsse mit qualifiziertem Mehr) und Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse wird mit 58 Stimmen nicht erreicht. Damit ist der Antrag der Mehrheit zum Antrag des Stadtrats abgelehnt.

Änderungsantrag 2

Aufgrund der vorhergehenden Abstimmung wird erneut über den Änderungsantrag der Minderheit 1 abgestimmt.

Der Rat lehnt den Antrag der Minderheit 1 mit 42 gegen 74 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab. Damit ist dem Antrag des Stadtrats zugestimmt.

Schlussabstimmung über den Antrag des Stadtrats

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 80 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der Stiftung Zürcher Gemeinschaftszentren wird für die Jahre 2023 und 2024 ein jährlicher, leistungsorientierter Maximalbeitrag von Fr. 400 000.– für das Angebot «Begegnungsraum BAZ» bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 7. Dezember 2022 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 6. Februar 2023)

1038. 2022/366

Weisung vom 24.08.2022:

Sozialdepartement, insieme Zürich Stadt und Bezirk Meilen, insieme Kulturlokal, Beiträge 2023–2026

Antrag des Stadtrats

Für das Angebot «insieme Kulturlokal» wird dem Verein insieme Zürich Stadt und Bezirk Meilen für die Jahre 2023–2026 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich maximal Fr. 125 000.– bewilligt.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Präsident Marcel Tobler (SP)

Schlussabstimmung

Die SK SD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung:

Präsident Marcel Tobler (SP), Referent; Vizepräsidentin Mélissa Dufournet (FDP), Ivo Bieri (SP) i. V. von Ruedi Schneider (SP), Patrik Brunner (FDP), Susanne Brunner (SVP), Fanny de Weck (SP), Yves Henz (Grüne), Hannah Locher (SP), Patrik Maillard (AL) i. V. von Walter Angst (AL), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Ronny Siev (GLP), Dr. Josef Widler (Die Mitte), Sebastian Zopfi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SD mit 109 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für das Angebot «insieme Kulturlokal» wird dem Verein insieme Zürich Stadt und Bezirk Meilen für die Jahre 2023–2026 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich maximal Fr. 125 000.– bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 7. Dezember 2022 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 6. Februar 2023)

1039. 2022/395

Weisung vom 31.08.2022:

Sozialdepartement, Verein Solidara Zürich, Verein FIZ, Beiträge 2023–2026

Antrag des Stadtrats

1. Für das Angebot Isla Victoria wird dem Verein Solidara Zürich für die Jahre 2023–2026 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich maximal Fr. 243 140.–

bewilligt. Der Betrag setzt sich aus einem maximalen Betriebsbeitrag von Fr. 204 470.– sowie dem Erlass der Kostenmiete von Fr. 38 640.– zusammen.

2. Für die Angebote «Beratung für Migrantinnen» und «Opferhilfe Menschenhandel» wird dem Verein FIZ für die Jahre 2023–2026 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich maximal Fr. 255 000.– bewilligt.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Fanny de Weck (SP)

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK SD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Fanny de Weck (SP), Referentin; Präsident Marcel Tobler (SP), Vizepräsidentin Mélissa

Dufournet (FDP), Ivo Bieri (SP) i. V. von Ruedi Schneider (SP), Patrik Brunner (FDP), Susanne Brunner (SVP), Yves Henz (Grüne), Hannah Locher (SP), Patrik Maillard (AL) i. V. von Walter Angst (AL), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Ronny Siev (GLP),

Dr. Josef Widler (Die Mitte), Sebastian Zopfi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SD mit 107 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK SD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Fanny de Weck (SP), Referentin; Präsident Marcel Tobler (SP), Vizepräsidentin Mélissa

Dufournet (FDP), Ivo Bieri (SP) i. V. von Ruedi Schneider (SP), Patrik Brunner (FDP), Susanne Brunner (SVP), Yves Henz (Grüne), Hannah Locher (SP), Patrik Maillard (AL) i. V. von Walter Angst (AL), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Ronny Siev (GLP),

Dr. Josef Widler (Die Mitte), Sebastian Zopfi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SD mit 106 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

- Für das Angebot Isla Victoria wird dem Verein Solidara Zürich für die Jahre 2023–2026 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich maximal Fr. 243 140.– bewilligt. Der Betrag setzt sich aus einem maximalen Betriebsbeitrag von Fr. 204 470.– sowie dem Erlass der Kostenmiete von Fr. 38 640.– zusammen.
- Für die Angebote «Beratung für Migrantinnen» und «Opferhilfe Menschenhandel» wird dem Verein FIZ für die Jahre 2023–2026 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich maximal Fr. 255 000.– bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 7. Dezember 2022 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 6. Februar 2023)

Weisung vom 06.07.2022:

Tiefbauamt, Projekt Platzspitz und Mattensteg, Neugestaltung Platzspitz und Platzspitzbrücke, Sanierung Mattensteg und Werkleitungsarbeiten, neuer Verpflichtungskredit aufgrund wesentlicher Zweckänderung

Antrag des Stadtrats

- 1. Für die Neugestaltungsmassnahmen und die damit zusammenhängende Sanierung des Mattenstegs und des Regenwasserkanals im Projekt Platzspitz und Mattensteg werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 8 433 000.– bewilligt (Preisbasis: 1. April 2022, Zürcher Index der Wohnbaupreise).
- Die neuen einmaligen Ausgaben stehen unter dem Vorbehalt der rechtskräftigen Projektfestsetzung durch den Regierungsrat mit separatem Beschluss, der Erteilung der Konzessionen durch das AWEL und der kantonalen Ausgabenbewilligung für die Sanierung des Platzspitzwehrs.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Patrick Hässig (GLP)

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Zustimmung: Patrick Hässig (GLP), Referent; Präsident Andreas Egli (FDP), Peter Anderegg (EVP),

Monika Bätschmann (Grüne) i. V. von Dr. Roland Hohmann (Grüne), Heidi Egger (SP), Anna Graff (SP), Markus Knauss (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Derek

Richter (SVP), Michael Schmid (AL), Claudio Zihlmann (FDP)

Abwesend: Vizepräsident Stephan Iten (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs.1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 96 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

- 1. Für die Neugestaltungsmassnahmen und die damit zusammenhängende Sanierung des Mattenstegs und des Regenwasserkanals im Projekt Platzspitz und Mattensteg werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 8 433 000.– bewilligt (Preisbasis: 1. April 2022, Zürcher Index der Wohnbaupreise).
- Die neuen einmaligen Ausgaben stehen unter dem Vorbehalt der rechtskräftigen Projektfestsetzung durch den Regierungsrat mit separatem Beschluss, der Erteilung der Konzessionen durch das AWEL und der kantonalen Ausgabenbewilligung für die Sanierung des Platzspitzwehrs.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 7. Dezember 2022 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 6. Februar 2023)

Weisung vom 07.09.2022:

Motion von Marco Denoth betreffend Bau einer attraktiven Veloverbindung auf der Langstrasse zwischen der Zoll- und Militär-/Schöneggstrasse mit getrennter Führung des Fussverkehrs, Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

- Vom Bericht betreffend Bau einer attraktiven Veloverbindung auf der Langstrasse zwischen der Zoll- und Militär-/Schöneggstrasse mit getrennter Führung des Fussverkehrs wird Kenntnis genommen.
- Die Motion, GR Nr. 2017/315, von Marco Denoth (SP) vom 13. September 2017 betreffend Bau einer attraktiven Veloverbindung auf der Langstrasse zwischen der Zoll- und Militär-/Schöneggstrasse mit getrennter Führung des Fussverkehrs wird abgeschrieben.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Anna Graff (SP)

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Anna Graff (SP), Referentin; Präsident Andreas Egli (FDP), Peter Anderegg (EVP),

Monika Bätschmann (Grüne) i. V. von Dr. Roland Hohmann (Grüne), Heidi Egger (SP), Patrick Hässig (GLP), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Derek Richter (SVP),

Michael Schmid (AL), Claudio Zihlmann (FDP)

Abwesend: Vizepräsident Stephan Iten (SVP), Markus Knauss (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 101 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Anna Graff (SP), Referentin; Präsident Andreas Egli (FDP), Peter Anderegg (EVP),

Monika Bätschmann (Grüne) i. V. von Dr. Roland Hohmann (Grüne), Heidi Egger (SP), Patrick Hässig (GLP), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Derek Richter (SVP),

Michael Schmid (AL), Claudio Zihlmann (FDP)

Abwesend: Vizepräsident Stephan Iten (SVP), Markus Knauss (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 97 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

 Vom Bericht betreffend Bau einer attraktiven Veloverbindung auf der Langstrasse zwischen der Zoll- und Militär-/Schöneggstrasse mit getrennter Führung des Fussverkehrs wird Kenntnis genommen. 2. Die Motion, GR Nr. 2017/315, von Marco Denoth (SP) vom 13. September 2017 betreffend Bau einer attraktiven Veloverbindung auf der Langstrasse zwischen der Zoll- und Militär-/Schöneggstrasse mit getrennter Führung des Fussverkehrs wird abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 7. Dezember 2022

1042. 2022/528

Motion der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion vom 02.11.2022: Projektierungskredit für den Bau einer attraktiven Velo- und Fussverbindung auf der Langstrasse in der Unterführung sowie sicherer und attraktiver Verbindungen in die Kreise 4 und 5

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Markus Knauss (Grüne) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 860/2022).

Dr. Josef Widler (Die Mitte) begründet den von Karin Weyermann (Die Mitte) namens der Die Mitte/EVP-Fraktion am 16. November 2022 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Die Motion wird mit 68 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1043. 2022/462

Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) vom 21.09.2022:

Erlass der Gebühren für alle nicht gewinnorientierten Vereinigungen für die Bewilligung von Festen und Standaktionen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 671/2022).

Michael Schmid (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 26. Oktober 2022 gestellten Ablehnungsantrag.

Heidi Egger (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er allen nicht gewinnorientierten <u>Vereinigungen</u>Anlässen mit <u>öffentlichem Interesse</u> die Gebühren für die Bewilligungen von Festen und Standaktionen dauerhaft erlassen kann.

Samuel Balsiger (SVP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 57 gegen 49 Stimmen (bei 1 Enthaltung) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1044. 2022/472

Postulat von Fanny de Weck (SP) und Natascha Wey (SP) vom 28.09.2022: Polizeiwache mit einer spezifischen Beratungs- und Annahmestelle für Anzeigen zur sexualisierten Gewalt

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Fanny de Weck (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 701/2022).

Derek Richter (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 26. Oktober 2022 gestellten Ablehnungsantrag.

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, eine städtische Polizeiwache mit einer spezifischen und möglichst sichtbaren 24h-Beratungs- und Annahmestelle für Anzeigen zur sexualisierten <u>und häuslichen</u> Gewalt auszustatten.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Fanny de Weck (SP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 98 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1045. 2022/492

Postulat von Flurin Capaul (FDP) und Martin Bürki (FDP) vom 05.10.2022: Lärmschutzkontrollen bei Betrieben, Ausrückung der zuständigen Organe nur bei einer Meldung aus der Bevölkerung

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Flurin Capaul (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 751/2022).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 70 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Postulat von Walter Anken (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 05.10.2022: Ausrüstung aller Frontpolizisten der Stadtpolizei mit Tasern

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Walter Anken (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 753/2022).

Luca Maggi (Grüne) begründet den namens der Grüne-Fraktion am 16. November 2022 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 40 gegen 72 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

1047. 2022/513

Postulat von Yves Henz (Grüne) und Martin Busekros (Grüne) vom 26.10.2022: Durchführung eines Tausch- und Secondhandstrassenmarkts auf Gemeindestrassen und anderen öffentlichen Flächen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Yves Henz (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 807/2022).

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Mischa Schiwow (AL) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie mindestens zwei Mal jährlich <u>ein</u>stadtweit<u>er oder lokal die Organisation von Tausch- und Secondhandstrassenmarktmärkten <u>durchgeführtunterstützt</u> werden kann, welche<u>r</u> auf den Gemeindestrassen und anderen öffentlichen Flächen stattfinde<u>tn</u>. Die Gemeindestrassen werden für diesen Zweck für den Motorisierten Individualverkehr gesperrt.</u>

Martin Busekros (Grüne) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 57 gegen 54 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1048. 2022/219

Postulat von Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) und Selina Walgis (Grüne) vom 01.06.2022:

Bezahlte Dispensierung bei regelmässigen und starken Menstruationsbeschwerden

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 150/2022).

Yasmine Bourgeois (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 15. Juni 2022 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 60 gegen 52 Stimmen (bei 4 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1049. 2022/268

Postulat von Martin Götzl (SVP), Felix Moser (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 22.06.2022:

Reduzierung der Dienstreisen von städtischen Angestellten

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Martin Götzl (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 266/2022).

Walter Angst (AL) begründet den namens der AL-Fraktion am 6. Juli 2022 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 109 gegen 7 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1050. 2022/374

Postulat von Dominique Zygmont (FDP) und Cathrine Pauli (FDP) vom 24.08.2022: Renovation der Liegenschaften Forchstrasse 193, Freiestrasse 217 und 221 sowie Gattikerstrasse 4 ohne Schliessung der Gewerbebetriebe im Erdgeschoss

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Cathrine Pauli (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 486/2022).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 109 gegen 1 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Eingänge

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1051. 2022/611

Beschlussantrag der SP-, Grüne-, Die Mitte/EVP- und AL-Fraktion vom 30.11.2022: Resolution betreffend Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen im Iran und Ergreifung von Massnahmen durch den Bundesrat

Von der SP-, Grüne-, Die Mitte/EVP- und AL-Fraktion ist am 30. November 2022 folgender Beschlussantrag eingereicht worden:

Dem Gemeinderat wird beantragt, eine Resolution mit folgendem Wortlaut zu verabschieden:

«Die Stadt Zürich verurteilt die Menschenrechtsverletzungen im Iran aufs Schärfste und ruft die Schweizer Landesregierung dazu auf, Massnahmen dagegen zu ergreifen. Deshalb fordert die Stadt Zürich den Schweizer Bundesrat auf:

- Die aufgrund der Menschenrechtsverletzungen im Iran von der EU beschlossenen Sanktionen gegen Mitglieder des iranischen Regimes vollständig zu übernehmen;
- Sich im UNO-Menschenrechtsrat für die Umsetzung des internationalen Untersuchungs- und Rechenschaftsmechanismus einzusetzen, um die systematische Straflosigkeit im Iran anzugehen;
- Massnahmen zu ergreifen, um die iranische Zivilgesellschaft in ihrem Kampf für Frauen- und Menschenrechte zu unterstützen.»

Begründung

Seitdem die 22-jährige Jina «Masha» Amini am 16. September 2022 von der iranischen «Sittenpolizei» für das inkorrekte Tragen ihres Kopftuches zu Tode geprügelt wurde, gehen in allen Ecken des Irans zehntausende Menschen gegen das Mullah-Regime auf die Strasse. Iraner:innen aller sozialer Schichten und ethnischer Hintergründe fordern das Ende des unterdrückerischen Regimes um Religionsführer Ali Chamenei. Das Regime reagiert auf die Proteste mit unverhältnismässiger Gewalt.

Die Demonstrationen in Zürich und der ganzen Schweiz gegen das iranische Regime verlangten, dass die Schweiz Massnahmen ergreift, um sich gegen die Menschenrechtsverletzungen im Iran einzusetzen. Doch die Antwort des Bundesrates auf die Brutalität des iranischen Regimes ist bisher ungenügend. Die Schweiz soll die iranische Zivilgesellschaft in ihrem Kampf für Frauen- und Menschrechte unterstützen, sich im UNO-Menschrechtsrat für die Umsetzung des beschlossenen Untersuchungs- und Rechenschaftsmechanismus einsetzen und vor allem endlich die EU-Sanktionen gegen den Iran übernehmen.

Der Bundesrat hat zwar diejenigen EU-Sanktionen gegen den Iran übernommen, welche aufgrund der Drohnenlieferungen an Russland verhängt wurden. Die Sanktionen, welche die EU aufgrund der unhaltbaren Menschenrechtssituation im Iran verhängt hat, wurden von der Schweiz hingegen bisher nicht übernommen. Im Sinne einer kohärenten Schweizer Haltung für Frieden, Demokratie und Menschenrechte darf die Schweiz deshalb nicht länger abseitsstehen und muss die Sanktionen gegen den Iran übernehmen.

Mitteilung an den Stadtrat

1052. 2022/612

Beschlussantrag der SVP-Fraktion vom 30.11.2022: Rückkehr des Gemeinderats in das Rathaus bis zur Sanierung des Gebäudes

Von der SVP-Fraktion ist am 30. November 2022 folgender Beschlussantrag eingereicht worden:

Die SVP-Fraktion stellt den Antrag, die Gemeinderatssitzungen ab Frühling 2023 bis zur Sanierung des Gebäudes wieder am ordentlichen Sitzungsort im Rathaus durchzuführen.

Begründung:

Seit 1698 tagt der Gemeinderat im Zürcher Rathaus. Am 4. März 2020 hat der Gemeinderat jedoch aufgrund Corona-Einschränkungen seine vorläufig letzte Sitzung in diesem altehrwürdigen Gebäude. Seit dann finden die Sitzungen in Messehallen in Zürich-Oerlikon statt.

Am 6. April 2022 wurde mittels Beschlussantrag über eine Rückkehr ins Rathaus im Gemeinderat abgestimmt. Der Rat hat diesen Antrag (GR Nr. 2022/103) der SVP, FDP, GLP, AL und EVP leider knapp mit 56 zu 53 Stimmen abgelehnt.

Die Weisung 2022/0468 vom 28. September 2022 weist für einen früheren Wechsel in die Ratsprovisorium Hard (Bullinger Kirche) vom Frühling 2023 bis Sommer 2024 Mehrkosten von CHF 1'600'000 Steuerfranken aus. Diese Mehrkosten waren bei der Beschluss-Abstimmung vom 4. April 2022 dem Gemeinderat nicht bekannt

Deshalb stellen wir erneut den Beschlussantrag spätestens auf den Frühling 2023 eine Rückkehr an den ordentlichen Sitzungsort anzuzeigen, sobald dies möglich ist.

Mitteilung an den Stadtrat

1053. 2022/613

Postulat der Grüne-Fraktion vom 30.11.2022: Nutzung von mindestens 80 Prozent des Solarpotenzials bei den städtischen Liegenschaften und bei Neubauten

Von der Grüne-Fraktion ist am 30. November 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei Immobilien Stadt Zürich (HBD) und Liegenschaften Stadt Zürich (FD) dafür gesorgt werden kann, dass die Umsetzung von mindestens 80% des Solarpotentials im Bestand des städtischen Liegenschaftenportfolios und bei Neubauten realisiert wird. Dies soll durch die Installation von Photovoltaikanlagen auf den Dächern und insbesondere auch an Fassaden passieren. Um diese Umsetzung voranzutreiben, sollen in beiden Departementen Solarbeauftragte prüfen, ob die Umsetzung dieses Potentials über Eigeninvestition oder Contracting-Lösungen erfolgen soll. Sofern sich die städtischen Anbieter wie ewz, energie 360° und weitere in der Submission als genügend agil und konkurrenzfähig erweisen, sollen diese bevorzugt werden.

Begründung:

Der Ausbau der städtischen Photovoltaikanlagen geschieht bisher zu gemächlich. Bis heute wird implizit davon ausgegangen, dass der Photovoltaikausbau der städtischen Liegenschaften einzig durch ewz realisiert wird. Die neu zu schaffenden Stellen sollen dafür sorgen, dass der Photovoltaikausbau vorangetrieben wird. Es soll geprüft werden, ob Eigeninvestitionen der Immobilienbewirtschaftung (HBD) und Liegenschaften Zürich (FD) schneller zum Ausbau der Photovoltaik führen, als dies bei einem Contracting mit dem prioritär marktwirtschaftlich agierenden ewz der Fall ist.

Mitteilung an den Stadtrat

1054. 2022/614

Postulat der AL-Fraktion vom 30.11.2022:

Organisatorische Grundsätze und Zuständigkeiten sowie finanzielle Aspekte bei Zwischennutzungen, Schaffung einer Rechtsgrundlage auf Basis finanzrechtlicher Kompetenzen

Von der AL-Fraktion ist am 30. November 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob er dem Gemeinderat eine Weisung zu den organisatorischen Grundsätze und Zuständigkeiten sowie den finanziellen Aspekten von Zwischennutzung vorlegen kann, um eine die finanzrechtlichen Kompetenzen achtende Rechtsgrundlage dafür zu schaffen.

Begründung:

Der Stadtrat hat im November strategische Grundsätze für die Überlassung und Bewirtschaftung von Zwischennutzungen verabschiedet. Diese Grundsätze reagieren nicht auf den von verschiedenen Seiten kritisierten Umgang mit Zwischennutzenden. Zu Diskussionen geführt haben

1. Der Wechsel von Gebrauchsleih- zu Gewerbemietverträgen,

- Die hohen sich an der kommerziellen Vermietung von Lagerflächen orientierenden Quadratmeterpreise, sowie
- 3. Die ungewöhnlich hohen und nicht immer transparent dokumentierten Aufwände des städtischen Betreibers für Herrichtungskosten, Verwaltung, Unterhalt, Wartung und Bewachung.

Um Raum für klassische Zwischennutzungen von Liegenschaften offen zu halten und sie von kommerziellen, zeitlich befristeten Nutzungen abzugrenzen, soll ein erheblicher Teil der zur Verfügung stehenden Objekte unter Berücksichtigung folgender Grundsätze zwischenvermietet werden.

- Die Abgabe der Räume erfolgt über Gebrauchsleihverträge.
- Sie erfolgt in einem transparenten, einfachen und raschen Verfahren.
- Die Nutzer:innen sind für Unterhalt, Wartung, Sicherheit und Baueingaben verantwortlich.
- Bisherige Nutzer*innen werden berücksichtigt.
- Verwaltungskosten und nicht mit dem Gebrauch verbundene Kosten trägt die Stadt Zürich.
- Die Verwaltung übernimmt eine mit der Immobilienbewirtschaftung vertraute Organisationseinheit.
- Der Aufwand wird auf ein Minimum reduziert

Mitteilung an den Stadtrat

1055. 2022/615

Postulat der AL-Fraktion vom 30.11.2022:

Priorisierung des Bestandeserhalts bei der Planung und Projektierung von Neubauprojekten zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen beim Bau

Von der AL-Fraktion ist am 30. November 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er bei der Planung und Projektierung von Bauprojekten die Neubaurate sowie die nichtenergetischen Sanierungsaktivitäten auf ein Minimum reduzieren kann, um damit die Treibhausgasemissionen des Bauens zu reduzieren. Bei Architekturwettbewerben ist die Aufgabe so zu stellen, dass der Bestandeserhalt priorisiert wird.

Begründung:

Mit dem Ziel Netto-Null 2040 wurde in der Gemeindeordnung eine Reduktion der indirekten Treibhausgasemissionen um 30 Prozent bis 2040 verankert – für die Stadtverwaltung ist das Ziel fünf Jahre früher zu erreichen, also 2035. Der vor zwei Jahren veröffentlichte Grundlagenbericht Netto-Null empfiehlt zur Reduktion der über die energiebedingten Emissionen hinausgehenden Emissionen (indirekte Treibhausgas-emissionen) im Bereich Siedlung und Gebäude folgende Handlungsansätze

- Hohe bauliche und zeitliche Belegungsdichte in den Gebäuden
- Tiefe Neubaurate
- Reduktion der nicht-energetischen Sanierungsaktivitäten
- Optimierte Gebäudekonzepte mit tiefer grauen Treibhausgas-Beschaffung von Material und vorproduzierten Elementen des Hoch- und Tiefbaus.

Gemäss Antworten des UGZ fliesst das neue Klimaschutzziel in die Überarbeitung der 7-Meilen-Schritte des Hochbaudepartement ein. Die auf der Webseite des AHB publizierten «Massstäbe zum umweltgerechten Bauen» basieren allerdings weiterhin auf Stadtratsbeschlüssen aus dem Jahr 2008 – mit Änderungen aus dem Jahr 2014.

Das UGZ weist darauf hin, dass Massnahmen, die auf eine Reduktion der direkten und indirekten Emissionen im Bereich Siedlung und Gebäude zielen, in der Verantwortung von Dienstabteilungen wie AHB, IMMO, LSZ, AfS, aber auch von allen weiteren Dienstabteilungen und Stiftungen, welche Gebäude und Siedlungen planen und betreiben, liegen. Die Vorgabe Netto-Null bis 2035 gilt verbindlich für alle Dienstabteilungen der Stadtverwaltung.

Da bei städtischen Bauprojekten zwischen Planung und Projektierung und Erstellung der Bauten 6 bis 10 Jahre vergehen, muss jetzt gehandelt werden, damit die Klimaschutzziele der Stadt bis 2035 erreicht werden können. Den für die Umsetzung der Klimaschutzziele verantwortlichen Dienstabteilungen und Stiftungen sind klare Vorgaben zur Reduktion der indirekten Treibhausgasemissionen zu geben.

Mitteilung an den Stadtrat

Postulat von Marcel Tobler (SP), Mélissa Dufournet (FDP) und 3 Mitunterzeichnenden vom 30.11.2022:

Berichterstattung über die Wirkungen der zusätzlich eingesetzten Mittel für die subventionierten Kita-Plätze und die umgesetzten Qualitätsverbesserungen

Von Marcel Tobler (SP), Mélissa Dufournet (FDP) und 3 Mitunterzeichnenden ist am 30. November 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, zu prüfen, welche Wirkungen die ab 2023 zusätzlich eingesetzten Mittel für subventionierte Kita-Plätze erzielen und welche Qualitätsverbesserungen die Kitas damit umsetzen. Dem Gemeinderat soll nach dem zweiten abgeschlossenen Geschäftsjahr ab Inkraftsetzung der ersten Massnahmen darüber Bericht erstattet werden, danach im Report Kinderbetreuung.

Begründung:

Gemäss Mitteilung des Sozialdepartements vom 5. Oktober 2022 sollen die Kitas für subventionierte Betreuungsplätze ab 2023 höhere Beiträge erhalten. Im sog. «Kita-Dialog» haben sich die Stadt, Kita-Leitungen und der VPOD auf gemeinsame Massnahmen verständigt, welche für die Kitas und ihre Mitarbeitenden, die betreuten Kinder und ihre Eltern Verbesserungen bringen sollen. Dazu will der Stadtrat den an die Kitas ausgestellte Normkostensatz für subventionierte Plätze von heute 121 auf neu 131.20 Franken erhöhen. Mit der Budgetvorlage 2023 (Weisung 2022/438, inkl. Nachträge / Novemberbrief) und dem Finanz- und Aufgabenplan 2023-26 (Weisung 2022/437) beantragt der Stadtrat die entsprechenden Mittel. Damit sollen Unterfinanzierungen ausgeglichen (rechnerische Normauslastung), Objektbeiträge für Qualitätsprojekte sowie Teuerungsausgleiche und höhere Löhne ermöglicht werden. Das Sozialdepartement will die Kitas bei diesem Prozess unterstützen und ihnen die Anreize bieten, die Veränderungen zu ermöglichen. Noch sind nicht alle Mechanismen definiert.

Die Ausschüttung zusätzlicher Mittel muss aber auch an Bedingungen geknüpft werden, welche sicherstellen, dass diese Mittel in die erwünschten Prozesse fliessen. Die Kita-Leitungen sollen regelmässig darüber Rechenschaft ablegen, wie sie die zusätzlichen Mittel verwenden, welche konkreten Massnahmen sie damit umsetzen und welche Verbesserung damit erzielt werden. Dazu soll ihnen der Stadtrat von Anfang an klare Ziele setzen (z.B. bezüglich Lohnentwicklungen, Aus- und Weiterbildungen, Qualitätsmanagement usw.) und er muss die Wirkungen der eingesetzten Mittel messen können.

Die Massnahmen brauchen Zeit, um Wirkung zu zeigen. Nach zwei vollendeten Geschäftsjahren ab der Einführung der Massnahmen (also im Jahr 2025 rückblickend auf 2023 / 2024) soll der Stadtrat dem Gemeinderat über deren Wirkungen berichten. Danach kann die Berichterstattung im regelmässigen Report Kinderbetreuung erfolgen.

Mitteilung an den Stadtrat

1057. 2022/617

Postulat von Lisa Diggelmann (SP) und Cathrine Pauli (FDP) vom 30.11.2022: Intensivere Nutzung der Schulrasenfelder durch bauliche oder betriebliche Massnahmen

Von Lisa Diggelmann (SP) und Cathrine Pauli (FDP) ist am 30. November 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, mit welchen umfassenden baulichen und/oder betrieblichen Massnahmen (z.B. Drainage, Verbesserung im Aufbau des Untergrunds) eine intensivere Nutzung der 52 Schulrasenfelder erreicht werden kann.

Begründung:

Der Nutzungsdruck im Bereich Rasensport ist sehr hoch und viele Sportvereine, insbesondere Fussballvereine, führen seit längerer Zeit Wartelisten, weil sie die Nachfrage nicht abdecken können. Mit der Motion 2019/214 wurde der Stadtrat aufgefordert, die Raumbedarfsstrategie Sport in den nächsten 5 Jahren umzusetzen. Die Antwort auf die Motion (GR Nr. 2022/422) erläutert, dass die Umsetzung der Raumbedarfsstrategie Sport nicht innerhalb von fünf Jahren möglich ist. Zudem wird erwähnt, dass es in der Stadt Zürich schwierig ist, geeignete Flächen zu finden, um die Bedürfnisse der Sportvereine im Bereich der Rasensport-

anlagen decken zu können. Gemäss der aktuellen Strategie werden bis im Jahr 2029 mindestens zwei zusätzliche Rasensportfelder gebaut. Da jedoch bereits jetzt viele Sportvereine keine weiteren Mitglieder zulassen können, sind weitere zeitnahe Massnahmen notwendig.

Mit dem Postulat 2022/511 wurde bereits konkret für den Schulnaturrasen der Schulanlage Allenmoos eine derartige Forderung gestellt.

Die Ermöglichung einer intensiveren Nutzung der 52 Schulrasenfelder durch die Sportvereine bietet hierfür grosses Potential. Diese existieren bereits und mittels baulichen und/oder betrieblichen Massnahmen kann die mögliche Nutzungszeit weiter erhöht werden.

Mitteilung an den Stadtrat

1058. 2022/618

Postulat von Hannah Locher (SP) und Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) vom 30.11.2022:

Berücksichtigung des Prinzips Gender Mainstreaming bei allen stadtplanerischen Projekten

Von Hannah Locher (SP) und Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) ist am 30. November 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie künftig bei allen stadtplanerischen Projekten der Stadt Zürich das Prinzip des Gender Mainstreamings berücksichtigt werden kann. Dazu sollen einerseits die städtischen Angestellten auf die Thematik sensibilisiert werden und bei der Anstellung neuer Fachkräfte soll auf Diversität geachtet werden. Andererseits soll bei der Projektvergabe an Externe durch die Stadt Gender Mainstreaming als Bedingung eingeführt werden. Ferner sollen im nächsten Gleichstellungsplan Massnahmen zu Gender Mainstreaming formuliert werden.

Begründung:

Bisher wurde die Stadtplanung auf die traditionelle Vorstellung eines gesunden, erwerbstätigen Mannes ausgerichtet und nahm wenig Rücksicht auf Personen mit Doppelbelastung (Erwerbsarbeit und unbezahlte Betreuungsarbeit) oder auf Personen mit körperlicher oder psychischer Beeinträchtigung. Durch den Einbezug von Gender Mainstreaming in der Planung werden diese vielfältigen Bedürfnisse sichtbar gemacht und können so besser berücksichtigt werden. Denn eine gendergerechte Planung nimmt alle sozialen Rollen in den Blick und gewichtet deren Bedürfnisse an den Raum gleichwertig. Gruppen, die in der Stadtplanung und im öffentlichen Raum tendenziell unterrepräsentiert sind, sollen dadurch gestärkt und in ihrem Alltag unterstützt werden. Dies trägt zu mehr Gleichstellung bei.

Damit Gender Mainstreaming künftig bei allen stadtplanerischen Projekten mitgedacht wird, sollen verschiedene Massnahmen ergriffen werden: Die städtischen Angestellten sollen auf die Thematik sensibilisiert werden. Zudem soll bei der Anstellung neuer Fachkräfte auf Diversität geachtet werden. Im weiteren soll bei der Projektvergabepraxis an Externe durch die Stadt Gender Mainstreaming als Bedingung eingeführt werden. So sollen beispielsweise neue Qualitätskriterien bei Projektausschreibungen erhoben und angewendet und Minderheitenperspektiven bei unterschiedlichen Teilschritten wie dem Planungsprozess als auch der Wettbewerbsvergabe miteinbezogen und berücksichtigt werden. Ferner sollen im nächsten Gleichstellungsplan Massnahmen zu Gender Mainstreaming formuliert und damit eine verbindliche Grundlage für künftige Projekte und Prozesse der Stadtverwaltung geschaffen werden.

Das Prinzip des Gender Mainstreaming ist als interdisziplinäres Thema zu verstehen, welches bei allen Leistungen, Produkten, Massnahmen und Strategien der Stadt mitgedacht werden soll.

Mitteilung an den Stadtrat

Postulat von Dominik Waser (Grüne) und Martin Busekros (Grüne) vom 30.11.2022:

Externer Bericht zur tiefen Nutzungsziffer des Solarpotenzials in der Stadt, zu den Rahmenbedingungen und Prozessen sowie zu den Faktoren, die den Zubau fördern oder hemmen

Von Dominik Waser (Grüne) und Martin Busekros (Grüne) ist am 30. November 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat einen ausführlichen durch externe Expert*innen im Bereich Solarenergie, Prozessmanagement und Unternehmensführung verfassten Bericht zu erstatten, welcher untersucht, weshalb die Stadt Zürich nach wie vor eine tiefe Nutzungsziffer des Solarpotentials aufweist, weshalb trotz ausreichenden finanziellen Ressourcen keine substantiell raschere Ausbaugeschwindigkeit bei Photovoltaikanlagen durch die EWZ erreicht wird Hierbei sollen insbesondere die Rahmenbedingungen auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene wie auch die internen Prozesse und Vorgaben des EWZ systematisch untersucht und aufgezeigt werden, welche Faktoren den Solarzubau in der Stadt Zürich fördern und beschleunigen können respektive aktuell hemmen. Dabei sollen auch Themen wie die Nutzung weiterer Flächen, z.B. von Gebäudefassaden, Investitionshorizonte oder Renditevorgaben bei der EZW für PV-Anlagen behandelt werden. Im weiteren sollen aber auch Vorgaben und Prozesse anderer Verwaltungsstellen, die relevant für die Realisierung von PV-Anlagen, kritisch durchleuchtet werden.

Begründung:

Der Ausbau von erneuerbaren Energien, insbesondere von Photovoltaik, ist eine der wichtigsten Massnahmen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen sowie dem Umbau der Stromproduktion hin zu erneuerbaren Energiequellen. Die erneuerbare Stromproduktion in der Stadt ist eine Möglichkeit, um die Abhängigkeit von Energieimporten zu verringern sowie ökologische Alternativen zu stärken. Das Klimaziel von Netto Null 2040 bzw. 2035 für die Stadtverwaltung, zu der EWZ gehört, kann nur mit einer Solar-Offensive erreicht werden.

Aktuell schöpft die Stadt Zürich einerseits ihr Photovoltaik-Potential nicht adäquat aus und andererseits hat der Stadtrat bis heute keine konsequente und ausreichende Photovoltaik-Strategie (PV-Strategie) vorgelegt. Dies obwohl aus einer vom Stadtrat selbst in Auftrag gegebenen Studie aus dem Jahr 2021 Folgendes hervorgehoben wird:

"Die Analyse ergibt insgesamt eine Potenzialfläche von 3.01 km2 und ein photo- voltaisches Produktionspotenzial von 487 GWh pro Jahr. Dieses Produktionspotenzial entspricht rund 16% des gegenwärtigen Stromverbrauchs (rund 3'000 GWh pro Jahr) in der Stadt Zürich. Rund 11.5% des PV Potenzials findet sich auf Gebäuden im Eigentum der Stadt Zürich. Auf einer Fläche von 0.35 km2 könnten hier zukünftig etwa 56 GWh pro Jahr an Solarstrom produziert werden."

Und auch bei den privaten Potentialflächen könnte EWZ mit attraktiven Angeboten mehr PV-Zubau realisieren. Auch die Zürcher Kantonalbank kam in einer Analyse kürzlich zum Schluss, dass das Potenzial in den Zürcher Städten sehr gross ist und mit Blick auf den Wetterstrom unbedingt auch ausgenutzt werden sollte.

Mitteilung an den Stadtrat

1060. 2022/620

Postulat von Beat Oberholzer (GLP) und Sven Sobernheim (GLP) vom 30.11.2022: ERZ-Entsorgungs-App, Erstellung durch Dritte mittels Nutzung der Open-Data-Schnittstelle

Von Beat Oberholzer (GLP) und Sven Sobernheim (GLP) ist am 30. November 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er die ERZ-Entsorgungs-App per Ausschreibung und Nutzung der Open-Data-Schnittstelle durch Dritte erstellen lassen kann.

Begründung:

ERZ bietet schon lange gute Open-Data-Datensätze in der Kategorie Entsorgung an. Dank diesen Daten können verschiedene Applikationen entstehen, und ERZ muss nicht zwingend selber eine Android- und eine iOS-Applikation (weiter-)entwickeln.

Die Weiterentwicklung der App «Sauberes Zürich» soll nicht stadtintern vorangetrieben werden und 350'000 Fr. kosten, wie es im Budget ausgewiesen ist. Eine externe Entwicklung hilft, hier Kosten zu sparen.

Die App «Sauberes Zürich» hat auch eine Vorgeschichte: Im Jahr 2014 kam sie auf den Markt, nachdem bereits ehrenamtlich tätige Entwicklerinnen und Entwickler eine solche App mit den Open-Data-Datensätzen erstellt hatte. Dass die Stadt selber mit grossem Budget eine solche durch die Zivilgesellschaft erstellte Applikationen konkurrenziert, wurde schon damals kritisiert.

Mitteilung an den Stadtrat

1061. 2022/621

Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Johann Widmer (SVP) vom 30.11.2022: Sicherstellung einer politisch neutralen Volksschule

Von Samuel Balsiger (SVP) und Johann Widmer (SVP) ist am 30. November 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er den Art. 116 der Kantonsverfassung, der die Gemeinden zur politisch neutralen Volksschule verpflichtet, uneingeschränkt achten kann. Die Volksschule darf von keiner Strömung zur politischen Propaganda missbraucht werden.

Begründung:

Im Artikel 116 der Kantonsverfassung steht: «Kanton und Gemeinden führen qualitativ hochstehende öffentliche Schulen. Diese sind den Grundwerten des demokratischen Staatswesens verpflichtet. Sie sind konfessionell und politisch neutral.»

Mitteilung an den Stadtrat

1062. 2022/622

Postulat von Michele Romagnolo (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 30.11.2022:

Ausdehnung des Littering-Konzepts mit den bemalten Abfallbehältern

Von Michele Romagnolo (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) ist am 30. November 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das Littering-Konzept mit den bemalten 360-Liter-Abfallbehältern auf Rollen, welches im Sommer in den Seeanlagen zur Anwendung kommt, während des ganzen Jahres auf verschiedene Stadtteile ausgedehnt werden kann.

Begründung:

Littering ist ein stadtweites Problem, so zum Beispiel auch auf dem Areal des Seebacher Platzes. Littering stört das Stadtbild und kann Grünflächen, Boden und Gewässer schädigen. Die bemalten 360-Liter-Abfallbehälter auf Rollen erhöhen die Sichtbarkeit und vereinfachen die Entsorgung grösserer Verpackungen. Die Abfallbehälter können weiterhin von Jugendlichen aus der Stadt Zürich bemalt oder besprayt werden.

Mitteilung an den Stadtrat

1063. 2022/623

Postulat von Andreas Kirstein (AL) und Moritz Bögli (AL) vom 30.11.2022: Unterstützung des Schreiner Ausbildungszentrums Zürich (SAZ) in der Transformation zum neuen Ausbildungsmodell

Von Andreas Kirstein (AL) und Moritz Bögli (AL) ist am 30. November 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er das Schreiner Ausbildungszentrum Zürich SAZ mit einem Betrag von CHF 100'000.- in der Transformation zum neuen Ausbildungsmodell unterstützen kann.

Begründung:

Das sich in einer städtischen Liegenschaft befindliche SAZ hat als private Genossenschaft ab 2018 schrittweise den Betrieb der ehemaligen Lehrwerkstätte für Möbelschreiner (LWZ) vom Kanton übernommen. Ganz ursprünglich war diese Lehrwerkstätte ein Betrieb der Stadt Zürich.

Das Sparprogramm des Kantons Zürich und ausbleibende Corona-Hilfen haben das ehrgeizige Projekt in finanzielle Schieflage gebracht. Mit 10 neuen Lernenden jedes Lehrjahr trägt das SAZ bedeutend zum Kampf gegen den Fachkräftemangel und zur Zukunft des Schreinereigewerbes in der Stadt Zürich bei. Das neue zukunftsgerichtete Modell einer zweijährigen Grundlehre im Hause und anschliessender vor Ort Spezialisierung in einem Schreinereibetrieb sichert langfristig die Zukunft dieser Lehre in der Stadt Zürich. Für ein Zürich der kurzen Wege ist eine Versorgung mit Schreiner*innenleistungen aus der Stadt Zürich selbst ein Muss und hierzu soll die Stadt Zürich auch einen finanziellen Beitrag leisten.

Mitteilung an den Stadtrat

1064. 2022/624

Postulat von Moritz Bögli (AL) und Mischa Schiwow (AL) vom 30.11.2022: Unterstützung der in Zürich stattfindenden Filmfestivals mit zusätzlichen Betriebsbeiträgen im ähnlichen Rahmen wie das Zurich Film Festival (ZFF)

Von Moritz Bögli (AL) und Mischa Schiwow (AL) ist am 30. November 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Stadt in Zürich stattfindende Filmfestivals mit zusätzlichen Betriebsbeiträgen in insgesamt eine ähnlichen Rahmen unterstützen kann, wie die Weisung 2022/481 für das Zürich Film Festival vorsieht.

Begründung:

Filmfestivals sind sehr beliebte kulturelle Anlässe in der Stadt Zürich. Das Zürich Film Festival soll als grösstes seiner Art in Zürich mit der Weisung 2022/481 eine substanzielle Erhöhung des Betriebsbeitrag erhalten. Es gibt jedoch weitere sehr erfolgreiche und die kulturelle Diversität bereichernde Filmfestivals in dieser Stadt: Das Human Rights Film Festival Zürich, Films for Future, Pink Apple Film Festival International oder die Schweizer Jugendfilmtage, um nur einige Beispiele zu nennen. Diese Festivals schaffen es ebenfalls, seit Jahren viele Menschen in dieser Stadt zu begeistern und einen kulturellen Mehrwert für diese Stadt zu schaffen.

Zudem leidet die Kinobranche seit drei Jahren an rückgehenden Besuchszahlen. Filmfestivals sind eine erfolgreiche und sinnvoll ergänzende Möglichkeit, diesen Trend zu stoppen. Um sicherzustellen, dass die weiteren Filmfestivals dieser Stadt ihr Angebot bestmöglich anbieten können, sollten sie ebenfalls besser subventioniert werden.

Mitteilung an den Stadtrat

1065. 2022/625

Interpellation von Carla Reinhard (GLP), Serap Kahriman (GLP) und 12 Mitunterzeichnenden vom 30.11.2022:

Forschungsprojekt «E-Bike-City» der ETH Zürich, Gründe die für Nicht-Unterstützung des Projekts, Einordnung des Projekts zum kommunalen Richtplan, grundsätzliche Haltung zur neuen Aufteilung des Strassenraums und Möglichkeiten für die Aufhebung des ungleichen Verhältnisses

Von Carla Reinhard (GLP), Serap Kahriman (GLP) und 12 Mitunterzeichnenden ist am 30. November 2022 folgende Interpellation eingereicht worden:

Die ETH Zürich untersucht während den nächsten drei Jahren mit dem Forschungsprojekt «E-Bike-City» das Szenario einer 50-50-Aufteilung des urbanen Strassenraums zwischen Auto und «langsamen Formen»

der Mobilität. Unter anderem soll erforscht werden, wie viele CO2-Emissionen eingespart werden können. Das zu untersuchende Szenario soll dem Velo, der Mikromobilität und dem öffentlichen Verkehr absolute Priorität einräumen und wird auch den Fussverkehr abdecken.

Die Stadt Zürich unterstützt das Projekt nicht, wie Stadträtin Simone Brander gegenüber dem Tages-Anzeiger darlegt. Dies, obwohl der Strassenraum in Zürich nach wie vor überanteilsmässig dem MIV gehört und die Lösungssuche für eine grundsätzlich neue Aufteilung im Sinne von Netto-Null 2040 zukunftsgerichtet und unumgänglich ist.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1. Weshalb wurde das Forschungsprojekt nicht unterstützt, obwohl ausgeführt wird, dass es nicht nur um E-Bikes, sondern um die Schaffung eines «sicheren Raumes für langsame Formen der Mobilität» geht und es sich somit klar vom bereits unterstützten Projekt EBIS unterscheidet?
 - a. Wann hat der Stadtrat zum ersten Mal vom Projekt gehört?
 - b. Wer hat entschieden, dass die Stadt das Projekt nicht unterstützt?
 - c. Ist der Stadtrat trotz dieser Entscheidung bereit, der ETH Daten zur Verfügung zu stellen?
- Sieht der Stadtrat im Forschungsprojekt einen Widerspruch zum kommunalen Richtplan oder ist es im Sinne davon?
- 3. Wie steht der Stadtrat zu einer grundsätzlich neuen Aufteilung des Strassenraums, die langsamen Formen der Mobilität gegenüber dem MIV deutlich mehr Platz einräumt?
- 4. Weshalb gehört in der Stadt Zürich nach wie vor der Grossteil des Strassenraums dem MIV, obwohl über 50 Prozent der Zürcher Haushalte kein Auto mehr besitzen?
 - a. Welche Möglichkeiten wurden neben den von der Stimmbevölkerung verordneten Velovorzugsrouten bisher vom Stadtrat geprüft, um dieses ungleiche Verhältnis zu aufzuheben?
- 5. Welche Hauptverkehrsachsen würden sich für eine Einbahnführung des MIVs eignen?
 - a. Wo wäre eine Einbahnführung im Rahmen der Einführung der Velovorzugsrouten umsetzbar?

Mitteilung an den Stadtrat

1066. 2022/626

Interpellation von Stefan Urech (SVP) und Susanne Brunner (SVP) vom 30.11.2022:

Werbeflyer für «Kidical Mass»-Veranstaltungen in den Zürcher Primarschulen, Haltung zum Verein «Vélorution» und zur Veranstaltung «Kidical Mass» und Beurteilung des Aushangs sowie Regelung der Aushänge in den Schulen

Von Stefan Urech (SVP) und Susanne Brunner (SVP) ist am 30. November 2022 folgende Interpellation eingereicht worden:

In einer Stadt Zürcher Primarschule hängt seit einiger Zeit ein Werbeflyer für «Kidical Mass»-Veranstaltungen des Vereins «Vélorution». In den Vereinsstatuten wird der Vereinszweck folgendermassen definiert (Art. 2 der Statuten von Vélorution):

Vélorution hat die Förderung der Velokultur in der Schweiz zum Zweck. Darunter versteht Vélorution insbesondere:

- Förderung der körperlichen Gesundheit, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, unter Einbezug des Velos,
- 2. Wahrnehmen eines Bildungsauftrags mithilfe des Velos im Bereich ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit, insbesondere der nachhaltigen Energienutzung, der nachhaltigen Landwirtschaft und des nachhaltigen Zusammenlebens,
- Begleitung, Betreuung und Förderung von Initiativen zur Gemeinschaftsbildung durch Inklusion sowie sozioökonomische und demografische Durchmischung. Dabei nimmt das Velo eine zentrale Rolle ein.

Die Veranstaltungen «Kidical Mass» sind, wie es der Name insinuiert, eine Art Bootcamp, also eine Ausbildungsveranstaltung, für die ohne Bewilligung stattfindende politische Demonstration «Critical Mass». Auf der Webseite des Vereins und auf dessen Social Media Profil werden Abstimmungsempfehlungen gegeben und zur «Verkehrswende» aufgerufen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1. Teilt der Stadtrat die Ansicht der Interpellanten, dass es bei «Vélorution» um einen Verein handelt, der politische Ziele verfolgt? Wenn nein, warum nicht?
- 2. Teilt der Stadtrat die Ansicht der Interpellanten, dass es bei «Kidical Mass» um eine Veranstaltung mit politischem Inhalt handelt? Wenn nein, warum nicht?
- 3. Wie beurteilt der Stadtrat den Aushang von Werbung für politische Veranstaltungen in Stadtzürcher Primarschulen?
- 4. Dürfen andere Vereine, z.B. Gewerbevereine, Wirtschaftsverbände oder bürgerliche Parteien, auch Werbeplakate in Schulen aufhängen? Falls nein, warum nicht? Falls ja, wie und wo wird der Aushang geregelt?

Mitteilung an den Stadtrat

Die zwei Beschlussanträge, die zwölf Postulate und die zwei Interpellationen werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

1067. 2022/627

Dringliche Schriftliche Anfrage von Dominik Waser (Grüne), Patrick Tscherrig (SP) und 38 Mitunterzeichnenden vom 30.11.2022:

Programm «ewz.solarzüri», Gründe für die Nicht-Verfügbarkeit von Solaranlagen und für das Führen einer Warteliste, Massnahmen für eine Vervielfachung der verkauften Flächen und Ausgaben für die Werbung sowie Möglichkeit zur Ausdehnung des Angebots auf private Dachflächen

Von Dominik Waser (Grüne), Patrick Tscherrig (SP) und 38 Mitunterzeichnenden ist am 30. November 2022 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Stadt Zürich, expliziter der Vorsteher des DIB sowie das EWZ, betonen gerne die Wichtigkeit des Programms "ewz.solarzüri". Wenn mensch nun zum jetzigen Zeitpunkt auf "ewz.solarzüri" Solaranlagen kaufen möchte, stehen leider keine (null m2) zur Verfügung.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1. Warum stehen aktuell keine Anlagen zur Verfügung? Wie kam es dazu? Bitte um ausführliche Erklärung.
- Warum wird eine Warteliste angeboten? Wie wird die Gefahr eingeschätzt, dass dies potenzielle Kundinnen von einem Kauf abbringen könnte? Warum wird nicht einfach "weiterverkauft" und gleichzeitig dafür gesorgt, dass rasch Anlagen zugebaut werden?
- Wie viele Quadratmeter Solaranlagen wurden im Jahr 2022 verkauft bzw. bestellt? Was war das Verkaufsziel für das Jahr 2022 (in m2)?
- 4. Wie gedenkt der Stadtrat, in Zukunft Situationen wie diese also eine Warteliste zu verhindern? Bitte um ausführliche Erklärung.
- 5. Wie gedenkt der Stadtrat, eine Vervielfachung der verkauften Fläche im Jahr 2023 und darauffolgenden Jahren zu erreichen? Was wird dafür getan? Bitte um Aufzählung.
- 6. Wie viel Geld wurde im Jahr 2020, 2021 und 2022 für die Bewerbung dieses Angebotes eingeplant und wie sollen sich diese Aufwände im Jahr 2023 und darauf verändern? Bitte um detaillierte Zahlen.
- 7. Rechnet der Stadtrat damit, dass mit besserer und mehr Werbung für dieses Angebot die Attraktivität und somit der Erfolg dieses Programms verbessert werden könnte?
- 8. Plant der Stadtrat die Ausdehnung des Angebots «ewz.solarzüri» auf private Dachflächen oder andere nicht städtische Infrastruktur? Falls nein, warum?

Mitteilung an den Stadtrat

Schriftliche Anfrage von Nicole Giger (SP) und Dr. Mathias Egloff (SP) vom 30.11.2022:

Geplantes Sportzentrum an der Wallisellenstrasse in Oerlikon, Gründe für den Entscheid für mehr Fussballplätze und gegen eine Umnutzung des Hallenbads sowie mögliche Konsequenzen bei einer Umnutzung des Hallenbads statt einem Abriss

Von Nicole Giger (SP) und Dr. Mathias Egloff (SP) ist am 30. November 2022 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In Zürich Oerlikon, an der Wallisellenstrasse, ist ein neues Sportzentrum geplant. Neben Hallenstadion und Messe Zürich werden Hallenbad, Eisbahn und Fussballplätze neu gebündelt. Der neue grosse Sportkomplex soll mehr Wasserflächen, eine ganzjährig nutzbare Eisfläche und ein zusätzliches Rasensportfeld bieten. Die bisherigen sechs Tennisplätze werden weichen müssen. Der Architekturwettbewerb ist bereits gelaufen, die Jury hat sich für Bolthauser Architekten AG entschieden.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Warum hat sich die Stadt für mehr Fussballplätze und gegen eine Umnutzung des bestehenden Hallenbads entschieden?
- 2. Wurde die Option das Hallenbad umzunutzen (mehr Turnhallen beispielsweise) diskutiert?
 - a. Wenn ja, zu welchem Schluss kam man?
 - b. Wenn nein, wieso nicht?
- 3. Was wären die Konsequenzen für Naturraum sowie auch das Angebot, wenn das Hallenbad umgenutzt anstatt abgerissen würde?

Mitteilung an den Stadtrat

Kenntnisnahmen

1069. 2022/572

Postulat von Flurin Capaul (FDP) und Claudia Rabelbauer (EVP) vom 16.11.2022: Prioritäre Verpachtung der freiwerdenden Gärten im Gebiet Hasenrain an den Familiengartenverein Altstetten-Albisrieden

Flurin Capaul (FDP) zieht das Postulat zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

1070. 2022/385

Schriftliche Anfrage von Islam Alijaj (SP) vom 24.08.2022:

Recht auf den Besuch der Regelschulen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen, Zuständigkeit für die Zuteilung in die Sonderschulen, Berücksichtigung geografischer und sozialer Indikatoren bei der Platzierung, barrierefreie Erschliessung der Gebäude und Massnahmenplan hinsichtlich der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1308 vom 16. November 2022).

Schriftliche Anfrage von Flurin Capaul (FDP) und Albert Leiser (FDP) vom 24.08.2022:

Unterstützung der Bauherrschaften durch die Kreisarchitektinnen und Kreisarchitekten, Anzahl Beratungen pro Gebiet und Jahr, Feedbacks zur Qualität der Beratung, Angaben zu den Baueingaben, die nach Auskünften nicht bewilligt wurden und Möglichkeit zur Delegation von Kompetenzen hinsichtlich der Erteilung von rechtsverbindlichen Auskünften

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1312 vom 16. November 2022).

1072. 2022/389

Schriftliche Anfrage von Serap Kahriman (GLP), Matthias Probst (Grüne) und 19 Mitunterzeichnenden vom 24.08.2022:

Dachsanierung Schulschwimmbad Buhn, Zuständigkeit für die Gestaltung der Aussenraumfläche des Schulhauses, Berücksichtigung der Fachplanung Hitzeminderung, Option einer Dachbegrünung, Grundsätze für die Gestaltung solcher Flächen und Abläufe für die Planung eines Spielplatzes

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1313 vom 16. November 2022).

1073. 2022/416

Schriftliche Anfrage von Rahel Habegger (SP) und Nadia Huberson (SP) vom 31.08.2022:

Lohngleichheit bei den städtischen Mitarbeitenden, Vergleich zu anderen öffentlichen Verwaltungen, Einschätzung und Gründe für die Abweichung, Analysen nach Departementen und weitere Massnahmen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1309 vom 16. November 2022).

1074. 2022/418

Schriftliche Anfrage von Regula Fischer Svosve (AL), Monika Bätschmann (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 31.08.2022:

Erneuerung der Tramgleise der Linie 13, Gründe für ein fehlendes Ersatzangebot mit wendigen Kleinbussen, Ausgestaltung und Nutzung des Angebots für Menschen mit eingeschränkter Mobilität sowie Information über die aktuellen Transportmöglichkeiten

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1310 vom 16. November 2022).

1075. 2022/173

Weisung vom 04.05.2022:

Sozialdepartement, Schuldenberatung Kanton Zürich, Beiträge 2023–2026

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 7. September 2022 ist am 14. November 2022 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 7. Dezember 2022.

Weisung vom 11.05.2022:

Präsidialdepartement, Massnahmen zur Sanierung der Kongresshaus Zürich AG; Beitragserhöhung an die Kongresshaus-Stiftung Zürich, Zusatzkredite, Nachtragskredite

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 7. September 2022 ist am 14. November 2022 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 7. Dezember 2022.

1077. 2021/502

Weisung vom 15.12.2021:

Elektrizitätswerk, Ausbau der thermischen Netze des Elektrizitätswerks, Rahmenkredit

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 27. November 2022 über folgende Vorlage entschieden:

Rahmenkredit von 573 Millionen Franken für den Ausbau der thermischen Netze

59 746 Ja 11 341 Nein